

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Grenzen kontrollieren

Asylpolitik

4-5

SVP fordert Asyl-Moratorium



Masseneinwanderung 10-11

Bundesrat verweigert Umsetzung der Zuwanderungsbeschränkung



SVP fordert Asyl-Moratorium - die Landesgrenzen sind wieder zu kontrollieren.

Die Schweiz muss das Heft in der Asylpolitik wieder selber in die Hand nehmen. Das Schengen/Dublin-System hat versagt. Frankreich lässt von Italien her keine Asylbewerber mehr ins Land und hat die Grenze teilweise geschlossen. Bei Grenzkontrollen rund um den G7-Gipfel wurden in Bayern 105'000 Personen kontrolliert. Einer von zehn Kontrollierten hatte gemäss Medienberichten kein Aufenthaltsrecht, hielt sich also illegal im Land auf. Der Kriminaltourismus blüht wie noch nie, illegale Einwanderer strömen

ungehindert in unser Land. Neben den daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Schweiz wird dabei auch die Landessicherheit aufs Spiel gesetzt. Die Gefahr der Einschleusung von Terroristen über die Schweizer Asylindustrie steigt.

Jetzt hat auch die Schweiz zu handeln. Deshalb fordert die SVP den Bundesrat auf, das Asylgesetz per Notrecht ausser Kraft zu setzen und die Grenzen wieder systematisch zu kontrollieren, notfalls unter Beizug der Schweizer Armee.

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

ss prime insight

KLEIN FEIN

MEHR ALS EINE DRUCKEREI

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch



SVP-Fraktionsausflug in den Thurgau

Zum diesjährigen Fraktionsausflug reiste die SVP mit dem Zug nach Romanshorn (TG). Nach der Besichtigung der Ernst Fischer AG und einer schönen Bodenseeschiffahrt, traf die SVP die lokale Bevölkerung beim Hafengelände in Romanshorn. Herzlichen Dank an die SVP Thurgau für die Gastfreundschaft und die tolle Organisation.



Diana Gutjahr, Nationalratskandidatin und Mitglied der Geschäftsleitung der Ernst Fischer AG, im Gespräch mit Nationalrat Thomas Aeschi (ZG).



Das Hafengelände im Romanshorn wurde zur Festwirtschaft umgestaltet, welche die rund 1'000 Gäste bewirtete und verpflegte.



Ungezwungene Begegnung mit den Leuten: Bundesrat Ueli Maurer im Gespräch mit einer Besucherin. Selfies gehören natürlich dazu.

Asylschlamassel!



Die Asylpolitik von Bundesrätin Sommaruga läuft aus dem Ruder. Im Monat Mai explodierte die Anzahl Asylgesuche gegenüber April um plus 60%. Immer mehr Unterkünfte werden eröffnet, Gemeinden vor vollendete Tatsachen gestellt und weiterhin drängen unzählige Wirtschaftsmigranten in unser Land.

Damit steigen Asylmissbräuche und die Bleibequote (anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene) ist von rund 15% auf über 60% hochgeschneit. Zudem hat Bundesrätin Sommaruga ihre sogenannte humanitäre Aufnahmeaktion gestartet und holt nun tausende Syrer ohne Asylverfahren in die Schweiz und gibt ihnen ein dauerndes Bleiberecht. Es gibt dokumentierte Fälle, dass über die Schweizer Asylindustrie, Terroristen in die Schweiz eingeschleust werden. Die Sicherheit unseres Landes wird damit gefährdet.

Was ist zu tun?

Es braucht jetzt einen konsequenten Stopp - ein Moratorium für die Aufnahme von neuen Asylsuchenden. Es dürfen bis auf weiteres keine positiven Asylentscheide mehr gefällt oder vorläufige Aufnahmen ausgesprochen werden. Personen, die nicht unmittelbar zurückgeschickt werden können, sind lediglich als Schutzbedürftige aufzunehmen, die später wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Es dürfen keine humanitären Visa erteilt und keine Kontingentsflüchtlinge aufgenommen werden. Gesuche auf Familiennachzug von Personen im Asylbereich oder anerkannten Flüchtlingen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, sind abzulehnen. Um dies durchsetzen zu können, sind die Grenzen wieder systematisch selber zu kontrollieren, wenn nötig mit Hilfe des Militärs. Gleichzeitig ist Kriegsflüchtlingen im Umfeld der Krisengebiete Schutz zu bieten. Dazu ist die humanitäre Hilfe innerhalb des Entwicklungshilfebudgets zu priorisieren. Der Franken ist vor Ort um ein Vielfaches besser eingesetzt, als hier in der Schweiz zur Unterstützung der unersättlichen Asylindustrie.

Wer im Herbst SVP wählt, will weniger Asylbewerber und Ausländer, wer die anderen Parteien wählt, will noch mehr Ausländer in der Schweiz und öffnet die Scheunentore!

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz

Bessere Mobilisierung für Wahlerfolg zwingend

In den vergangenen vier Jahren konnte die SVP in 20 von 24 kantonalen Wahlen ihre Wähleranteile ausbauen – trotzdem ist der Erfolg an den eidgenössischen Wahlen im Herbst in keiner Weise gesichert. Eine genaue Analyse der letzten Wahlen zeigt, dass es uns zu wenig gelingt zu mobilisieren. Die Stimmbeteiligungen sind viel zu tief. Für einen Wahlerfolg im Herbst ist die Fähigkeit zur Mobilisierung der entscheidende Faktor.

von Nationalrat Albert Rösti, Wahlkampfleiter, Uetendorf (BE)

Die zentralen Werte einer freien und sicheren Schweiz haben unser Land zu Wohlstand und zum wettbewerbsfähigsten Standort der Welt gemacht. Das Mitte-Links-Parlament und vor allem der Mitte-Links-Bundesrat haben in den vergangenen vier Jahren arg an diesen tragenden Säulen gesägt. Das muss mit den Wahlen im Herbst korrigiert werden, um grösseren Schaden abzuwenden.

Drei klare Botschaften

Mit drei klaren Botschaften wollen wir die Wahlen zum Wohle der Schweiz gewinnen. Unter dem Slogan „frei bleiben“ steht die SVP ein

- ✚ für die Unabhängigkeit und gegen einen schleichenden EU Beitritt
- ✚ für eine konsequente Ausländerpolitik (Umsetzung der Ausschaffungs- und Masseneinwanderungsinitiative, Stopp dem Asylchaos)
- ✚ für sichere Arbeitsplätze dank tiefen Steuern, Gebühren und Abgaben.

Wir geben damit klare Antworten auf die grössten Sorgen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der völlig ausser Kontrolle geratenen Einwanderung und den chaotischen Zuständen im Asylwesen einerseits und den Herausforderungen mit der Euroschwäche andererseits. Das ist eine gute Basis für den Wahlkampf.

Voller Einsatz gefragt

Wie das Wort Wahlkampf aussagt, müssen wir aber wirklich kämpfen. Dieser

Kampf wird derzeit noch viel zu lau geführt. Wir müssen besser mobilisieren. Ein grosser Teil der Sympathisanten unserer Ideen bleibt bei Wahlen zu Hause. Wenn das so bleibt, werden wir verlieren. Diese Schweizerinnen und Schweizer müssen wir überzeugen. Wir erwarten, dass die kantonalen Sektionen ihren Effort auf die Umsetzung des Mottos „SVP bi dä Lüt“ legen. Anlässe auf der Strasse mit Unterhaltung und Vorträgen, u.a. mit unseren Piaggios, Betreiben von Marktständen, Besuch von Märkten, Einladung zu Feierabendbier, Präsenz an Kultur- und Sportveranstaltungen, Stammtischbesuche, Organisation von Sonntagsbrunches Verteilung von Give aways zu Stosszeiten an Bahnhöfen, Telefonaktionen, Hausbesuche, Leserbriefe und vieles mehr. So können wir die Leute direkt ansprechen und sie uns.

Zudem sind solche Anlässe wirkungsvoller als traditionelle „Sääli – Anlässe“.

Wahlversprechen am 22. August

Wir erwarten im Besonderen von allen Kandidierenden einen engagierten Einsatz für unsere Partei. Die Teilnahme aller Kandidierenden an der SVP Delegiertenversammlung vom 22. August auf der St. Luzisteig zur Abgabe des Wahlversprechens wird nicht nur erwartet, sondern ist Ehrensache, damit die SVP nach den Sommerfeiern mit einer Kraftdemonstration in die heisse Wahlkampfphase starten kann.

Wir haben das Zeug, die Wahlen zu gewinnen - es braucht aber mehr Einsatz von allen Beteiligten. Nutzen wir unsere ganze Kraft zur Mobilisierung - im Interesse unseres Landes.



Ein grosser Teil der Sympathisanten unserer Ideen bleibt bei Wahlen zu Hause. Diese Schweizerinnen und Schweizer müssen wir überzeugen.

SVP fordert Asyl-Moratorium

Die jährlichen Kosten von rund 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie bezahlen die Steuerzahler der Schweiz. Aufgrund der Anerkennungsquote von heute 60% (dreimal höher als noch im Jahr 2012) muss bei 30'000 Asylbewerbern im Jahr 2015 mit zusätzlichen +18'000 Personen gerechnet werden. Diese können langfristig in der Schweiz bleiben und verursachen damit Kosten im Umfang von rund +600 Millionen Franken pro Jahr. Die Verantwortung für dieses Schlamassel trägt die politische Führung des Eidgenössischen Polizei- und Justizdepartements um Bundesrätin Sommaruga. Die SVP fordert deshalb ein Asyl-Moratorium, und die Landesgrenzen sind wieder systematisch zu kontrollieren.

Die SVP stellt folgende Forderungen zur Lösung des Asylchaos:

1. Das Schengen/Dublin-System hat versagt. Der Bundesrat wird aufgefordert, das Asylgesetz per Notrecht ausser Kraft zu setzen (Asyl-Moratorium) und die Grenzen wieder systematisch zu kontrollieren.
2. Es gibt keine Vollkostenrechnungen, was das Asylwesen den Steuerzahler kostet. Es ist endlich Transparenz zu schaffen, was ein durchschnittlicher Asylgesuchsteller in den ersten 10 Jahren im Schnitt pro Jahr kostet (inkl. Verfahrenskosten, Sozialhilfe, Vollkosten Schulbesuche, Familienbegleitungen, Gesundheitskosten inkl. Zahnarztkosten, Integrationsprogramme etc.).
3. Das 2006 und 2013 verschärfte Asylgesetz muss konsequent von allen kantonalen und eidgenössischen Behörden vollzogen und von den Hilfswerken respektiert werden. Damit kann rasch ein unmissverständliches Zeichen an die Schlepperbanden geschickt werden, dass die Schweiz Asylmissbraucher nicht toleriert.
4. Die Rekursmöglichkeiten und Rechtsmittel sind einzuschränken. Nach dem erstinstanzlichen Entscheid soll es nur noch eine Rekursmöglichkeit geben. Asylbewerber sollen während dem Verfahren in kontrollierten Zentren und bei Verletzung der Mitwirkungspflichten oder straffälligem Verhalten in geschlossenen Zentren untergebracht werden.
5. Wirtschaftsmigranten und kriminelle Asylbewerber müssen konsequent zurückschickt werden, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann.
6. Dazu hat der Bundesrat insbesondere mit den Maghreb-Staaten Rückübernahmeabkommen abzuschliessen und bereits bestehende, welche nicht ratifiziert wurden, ratifizieren zu lassen. Gegenüber Staaten, die ihre Bürger nicht zurücknehmen, muss der Bundesrat in anderen Bereichen (z.B. Entwicklungshilfe) Gegenmassnahmen ergreifen.
7. Alle vorläufig Aufgenommenen sind zu überprüfen und sobald wie möglich in die Heimat zurückzuführen. Künftig ist der Status der vorläufigen Aufnahme ersatzlos abzuschaffen. Wer ohne eigenes Verschulden nicht zurückgeschickt werden kann, ist als Schutzbedürftiger temporär aufzunehmen.
8. Vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge mit subjektiven Nachfluchtgründen, wie z.B. politische

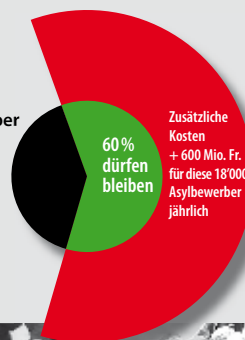
Haben Sie schon gewusst?

Das läuft alles schief in unserem Asylwesen:

Jährlich bis zu 6 Milliarden Steuergelder nur für die Asylindustrie zahlen?

- Der Bund zahlt jährlich über 1 Milliarde Franken fürs Asylwesen und 3 Milliarden für die Entwicklungshilfe. Kantone und Gemeinden tragen Kosten von bis zu 2 Milliarden. Dieses Geld der Steuerzahler versandet grösstenteils in der Asylindustrie, internationaler Bürokratie und Korruption. Die Wirkung auf den Zustrom der Asylananten ist gleich Null.
- Asylbewerber waren in den letzten Jahren 15x krimineller als die Schweizer Bevölkerung. Nebst mehr Gewalt und Kriminalität müssen wir Steuerzahler zusätzlich noch die Polizei-, Gerichts- und Gefängniskosten zahlen!
- Heute können 60% aller Asylbewerber, 3x mehr als noch 2012, in der Schweiz bleiben. Für 2015 bedeutet das (Hochrechnung): + 18'000 Asylananten bleiben zusätzlich in unserem Land. Viele können künftig auch ihre Familien in die Schweiz holen. Die meisten landen in der Sozialhilfe, beanspruchen Integrationsprogramme und vieles mehr. Zusätzliche Kosten von rund + 600 Millionen Franken!

2015:
+ 30'000
Asylbewerber



Wer ist schuld daran?

Mit der von SP-Bundesrätin Sommaruga betriebenen Asylpolitik werden Missbräuche gefördert. Profitiert haben die Wirtschaftsmigranten, Schlepperbanden und die Asylindustrie in der Schweiz.

Mehr Infos unter
www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern
PC: 30-8828-5



Mit der von SP-Bundesrätin Sommaruga betriebenen Asylpolitik werden Missbräuche gefördert. Profitiert haben die Wirtschaftsmigranten, Schlepperbanden und die Asylindustrie in der Schweiz.

Aktivitäten im Exil, dürfen kein Anrecht auf Familiennachzug haben.

„Personen, die sich unkooperativ verhalten und sich einer Rückführung widersetzen, haben es heute viel einfacher, eine Haftentlassung zu erwirken und unterzutauchen.“

NATIONALRAT HEINZ BRAND,
KLOSTERS (GR)



9. Die Sozialhilfe für Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene ist auf

das Niveau der Nothilfe zu reduzieren. Für anerkannte Flüchtlinge ist die Sozialhilfe nach einer gewissen Zeit ebenfalls zu reduzieren, damit kein Anreiz besteht, im Sozialsystem hängen zu bleiben.

10. Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten oder nicht mit den Behörden kooperieren, dürfen kein Recht mehr auf Nothilfe haben. Die staatliche Unterstützung für diese Personen muss sich auf die Organisation der Ausreise beschränken.

11. Der Bundesrat muss sich für die Durchsetzung des Dublin-Abkommens einsetzen und darf folglich Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, kein Asylverfahren mehr gewähren.

12. Um dies durchzusetzen, müssen die Grenzkontrollen, vor allem zu Italien, rigoros verschärft und nötigenfalls durch das Militär unterstützt werden.

13. Die Agentur Frontex muss an der nordafrikanischen Küste Boote mit Auswanderern unmittelbar nach dem Auslaufen abfangen und wieder zurückführen. Dazu sind unter Umständen Abkommen mit nordafrikanischen Staaten zu treffen. Der Bundesrat hat sich dazu im Schengen-Ausschuss einzusetzen.

14. Kriegsflüchtlingen ist in erster Linie in der Herkunftsregion zu helfen. Dort kann mit den gleichen finanziellen Mitteln viel mehr erreicht werden als mit Umsiedlungsaktionen einzelner Auserwählter.

Stopp den Bundesasylzentren auch in Zürich

Die Stadt Zürich plant zusammen mit dem Kanton und dem Bund, mitten im aufstrebenden Zürcher Stadtkreis 5, ein Bundesasylzentrum für 360 Bewohner einzurichten. Die SVP der Stadt Zürich lehnt diesen Plan konsequent ab.

von Kantonsrat Mauro Tuena, Fraktionspräsident im Gemeinderat und Nationalratskandidat, Zürich (ZH)

Der Zürcher Stadtkreis 5 ist längst kein peripheres Industriequartier mehr. Viele Familien mit Kindern wohnen im Quartier, tausende Jugendliche besuchen die Kaufmännische Schule, zehntausende vergnügen sich im Ausgang. Ein Zentrum mitten in einem boomenden Quartier einzurichten, ist nicht durchdacht, ja gar fahrlässig und falsch. Mitten in Zürich sind die Asylbewerber dort, wo sie hinwollen. Selbstverständlich spricht sich das in den Heimatländern der Asylsuchenden schnell herum.

Nachforschungen bei der Polizei haben ergeben, dass Einbrüche und Ladendiebstähle in der Umgebung

von Asylunterkünften markant zunehmen. Trotz des Widerstandes der örtlichen Bevölkerung ignorierte die Stadtzürcher Regierung die vorhandenen Ängste der Bewohner und

Gewerbetreibenden und entschied sich für diesen wohl ungeeignetsten Standort im Kreis 5. Was kümmert den Stadtrat schon das Wohlbefinden der Bevölkerung und des Gewerbes?



Bestellen Sie jetzt Material für Ihre Anlässe SVP bi de Lüt!



Tischsets
(Pack 50 Stk.)

CHF 5.00

Menge:



Servietten
(Pack 250 Stk.)

CHF 15.00

Menge:



Bierdeckel (DE/FR/IT/RU)
(Pack 300 Stk.)

GRATIS

Menge: Sprache:



Plastik - Trinkbecher 3dl
(Pack 80 Stk.)

CHF 8.00

Menge:



Ballone mit SVP UDC Logo
(Pack 50 Stk.)

CHF 15.00

Menge:



Tischtuchrolle SVP-Logo
Plastik 100m Rolle, Breite 1m
Papier 4x10m Pack, Breite 1m

Plastik CHF 40.00

Menge:

Papier CHF 19.00

Menge:



Ballone mit Schweizerkreuz
(Pack 50 Stk.)

CHF 15.00

Menge:



Feuerzeug
(Pack 50 Stk.)

CHF 50.00

Menge:



Handyputzer
(Display Cleaner für Handy, Smart-
phone, Tablet oder Notebook)
(Pack 50 Stk.)

CHF 5.00

Menge:



Kugelschreiber
(Pack 100 Stk.)

CHF 30.00

Menge:

Flaggen und noch weitere Artikel unter:
www.svp.ch/partei/shop

Name/Vorname

Datum und Ort Ihres Anlasses:

Strasse

Bitte einsenden an:

PLZ/Ort

Generalsekretariat SVP

Postfach 8252

3001 Bern

Telefon-Nr. 031 300 58 58

Telefax-Nr. 031 300 58 59

Mail: info@svp.ch

Telefon

E-mail

Datum/Unterschrift



Massenzuwanderung schadet Arbeitsplätzen

Im ersten Quartal dieses Jahres sind netto fast 23'000 Personen in unser Land eingewandert. Dies sind 14,4 Prozent mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres oder 11 Zuwanderer pro Stunde, die es zu integrieren gilt.

von Nationalrat Thomas Matter, Verwaltungsratspräsident der Neuen Helvetischen Bank AG, Zürich (ZH)

Allerdings wanderten nur 48 Prozent in den Arbeitsmarkt ein, und von diesen nur gerade etwa ein Drittel in die private Wirtschaft. Im Frühjahr dieses Jahres standen bei den Arbeitslosen 74'373 Schweizer 66'758 Ausländern gegenüber – also beinahe gleichviel, wobei der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung „nur“ 24 Prozent beträgt. Es sind besonders viele Portugiesen eingewandert, obwohl deren Arbeitslosigkeit mit 7 Prozent doppelt so hoch ist wie der schweizerische Durchschnitt.

Arbeitslosigkeit nimmt wohl zu

Wir müssen befürchten, dass die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten steigen wird. Die stellenlosen Ausländer kehren erfahrungsgemäss nicht mehr in ihre Heimat zurück und landen bei uns in den Sozialwerken. Gleichzeitig hat die Auswanderung

„Es dürfte weltweit kaum ein Land geben, das eine so hohe Einwanderungsquote pro Kopf der Bevölkerung aufweist.“

abgenommen. Beinahe zwei Millionen Menschen ohne Schweizer Pass haben sich dauerhaft in unserem Land niedergelassen. Dennoch behaupten unbelehrbare Politiker und Medien nach wie vor, die Schweiz schotte sich ab und friste das isolierte Dasein einer Insel. Wahr ist das Gegenteil: Es

dürfte weltweit kaum ein Land geben, das eine so hohe Einwanderungsquote pro Kopf der Bevölkerung aufweist.

Zuwanderung in die Wirtschaft wäre kein Problem

Wenn wir berücksichtigen, dass ein beträchtlicher Teil der Zuwanderer sein Auskommen im öffentlichen Dienst findet – etwa in den Bereichen Bildung, öffentlicher Verkehr, Verwaltung oder Gesundheit – so dürfte sich die Zuwanderung in die wirklich wertschöpfende Wirtschaft in diesem Jahr auf nur gerade 15'000 Personen belaufen und sich damit unter jenem Rahmen bewegen, in dem über Jahrzehnte Kontingente bewilligt wurden. Das ständige Wehklagen der Wirtschaftsverbände über die Annahme der SVP-Massenzuwanderungsinitiative ist deshalb nicht nachvollziehbar.

Wo bleiben die Hochqualifizierten?

Angeichts der tatsächlichen Zuwanderung in die verschiedenen Branchen erscheint auch das ständige Argument der „Hochqualifizierten“ bei der Zuwanderung durchaus fragwürdig. Auffallend viele Personen gehen ins Gastgewerbe, das Baugewerbe, den Fachgrosshandel und den Detailhandel. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass das Bruttoinlandprodukt (BIP) im 1. Quartal 2015 um 0,2 Prozent zurückgegangen ist. Diese Schrumpfung betrifft praktisch alle Branchen. Sollte der Negativtrend auch im nächsten Quartal anhalten, müssen wir technisch von einer Rezession sprechen. Während das BIP-Wachstum pro Kopf – das



Thomas Matter sieht Probleme. Nur die Hälfte der Personen wandern in den Arbeitsmarkt ein und von diesen nur gerade ein Drittel in die Privatwirtschaft.

eigentliche Wohlstandswachstum – von 1945 bis 1990 im Durchschnitt jedes Jahr 2 Prozent betragen hat, stagniert es seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit. Obwohl, oder gerade weil seit 2007 Jahr für Jahr durchschnittlich 80'000 Personen netto in unser Land gezogen sind, hat sich der Wohlstand pro Kopf nicht erhöht und die Lebensqualität nimmt laufend ab.

Inländervorrang nötig

Da sich die Sockelarbeitslosigkeit voraussichtlich erhöhen wird, ist eine massvollere, qualitativ bessere Zuwanderung sowie der Inländervorrang dringend nötig. Voraussetzung dazu ist eine wirklich bürgerlich denkende und handelnde Parlamentsmehrheit – insbesondere eine starke SVP. An den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober 2015 zählt jede Stimme!

Eidgenössische Wahlen vom 18

Wir stellen Ihnen einige Kandidatinnen und Kandidaten vor.



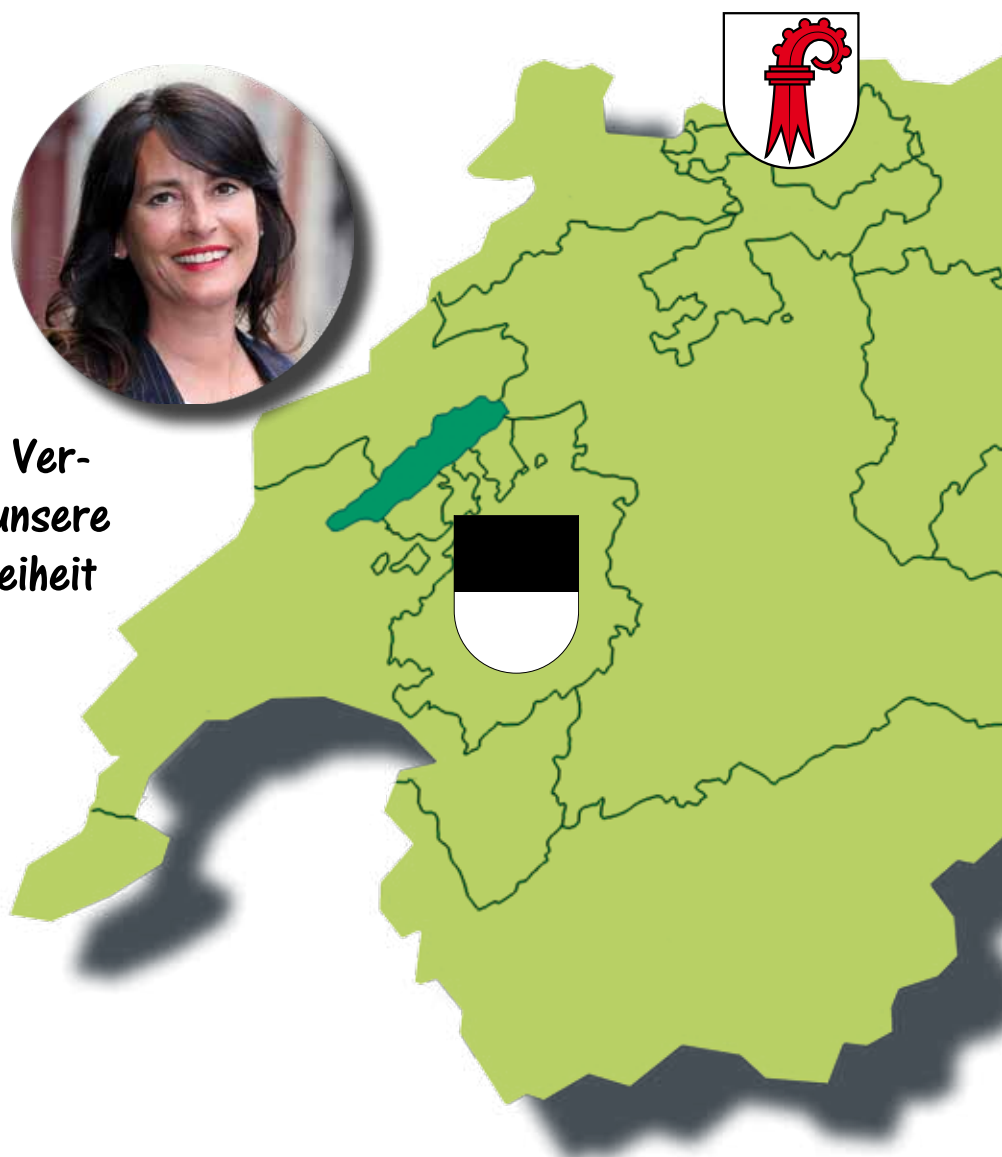
„Frei bleiben heisst erfolgreich bleiben, weil die direkt betroffenen Bürger jeweils die besten Entscheidungen fällen – für ihre Gemeinde, ihren Kanton, ihr Land.“

Pentti Aellig, 53, Geschäftsleiter, Gemeindepräsident, Dörflingen (SH)



„Freiheit lebt man im Erfolgsmodus. Versuchen wir nicht, das einzigartige Gut der Schweiz - die Freiheit - durch nicht verhandelbare Verträge zu verkaufen. Denken wir an unsere nächste Generation, die dann der Freiheit enthoben wäre.“

Caroline Mall, 48, Kauffrau, Landrätin, Reinach (BL)



„Frei sein bedeutet vorallem, gegenüber sich selber verantwortlich zu sein.“

Ruedi Schläfli, 40, Landwirt und Schwinger, Grossrat, Hauterive (FR)

. Oktober

idaten vor :

Frei bleiben!

SVP wählen.



„Die Freiheit ist das heiligste und wertvollste Gut der Schweiz. Ich wehre mich dagegen, dass unsere Freiheit durch Bestimmungen von fremden Richtern eingeschränkt wird.“

Aline Indergand, 22, Kauffrau,
JSVP, Altnau (TG)



„Ich will frei bleiben, weil Unabhängigkeit und Freiheit die Kreativität jedes Einzelnen anregt. Kreative und aktive Persönlichkeiten braucht die Schweiz.“

Marcel Dettling, 34, Landwirt,
Kantonsrat, Oberiberg (SZ)



„Ich engagiere mich für eine freie, unabhängige und weltoffene Schweiz, weil Freiheit das höchste Gut ist und es diese entsprechend zu schützen gilt.“

Valérie Favre Accola, 42, Unternehmerin, Davos (GR)



Bundesrat verweigert Umsetzung der Zuwanderungsbeschränkung

Die Vorlage des Bundesrates zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung (Art. 121 a BV) missachtet den Volkswillen. Die SVP ruft den Bundesrat auf, die Verfassungsbestimmung nun endlich ohne Wenn und Aber rasch und wirkungsvoll umzusetzen. Die sich eintrübende Wirtschaftslage und der gegenüber dem Ausländeranteil doppelt so hohe Anteil von Ausländern in unseren Sozialwerken verschärfen den Handlungsbedarf zusätzlich.



Die SVP verlangt vom Bundesrat nun endlich ein korrektes und entschiedenes Vorgehen. Handelt er nicht, werden die gesellschaftlichen und sozialen Spannungen steigen.

Der Volkswille einer eigenständigen Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung mittels Kontingenten und Inländervorrang wird in keiner Weise respektiert. Der Bundesrat legt mit seinem Vorschlag letztlich das bestehende Ausländergesetz in leicht abgeänderter Form vor, stellt aber eine

Anwendung auf Zuwanderer aus der EU unverständlicherweise in Frage. Diese Gruppe macht indes rund 75% der Nettozuwanderung aus und fällt ebenfalls unter den Geltungsbereich des Verfassungsartikels, der keinen Unterschied zwischen Ausländern aus der EU und aus Drittstaaten macht.

Unwürdiges Veto-Recht der EU

Statt die wachsende Unzufriedenheit mit der ausser Kontrolle geratenen Zuwanderung in Europa zu nutzen (Beispiel Grossbritannien) und sich aktiv für eine Steuerung einzusetzen und auf Partner mit gleichen Interessen zuzugehen, zieht sich der Bundesrat auf eine technokratische und defätistische Position zurück und handelt damit in krasser Weise gegen die Interessen des Landes. Anders ist es nicht zu erklären, dass er die Anwendung der Umsetzungsgesetzgebung auf Bürgerinnen und Bürger aus dem EU-Raum von einer Zustimmung der EU abhängig macht. Dieser gewährt er damit ein Veto-Recht betreffend die Schweizer Gesetzgebung. Damit hat sich der Bundesrat von Beginn weg in eine aussichtslose Verhandlungsposition manövriert. Einmal mehr ist ein positives Ergebnis praktisch verunmöglicht, obwohl auch in vielen EU-Ländern der Unmut über



„Die Senkung der Sozialleistungen muss ein primäres Ziel sein. Es muss wieder Anreize geben zu arbeiten. So werden Gastgewerbe und die Landwirtschaft wieder genügend Arbeitnehmer im Inland finden.“

Béatrice Struchen, Epsach (BE) Grossrätin, Nationalratskandidatin



"Drei Viertel der Stellen, die seit Beginn der Personenfreizügigkeit geschaffen wurden, sind beim Staat. In der gleichen Zeit wurden in der Industrie rund 200 000 Stellen abgebaut. Während die Wirtschaft nur noch schleppend vorankommt, steigt die Zahl jener, die bei den Gemeinden Sozialhilfe beantragen: Betrug im Jahre 2009 die schweizweiten Nettoausgaben für Sozialhilfe 1,78 Mia. CHF, so waren es 2012 bereits 2,37 Mia. CHF."

Barbara Steinemann, Regensdorf (ZH) Kantonsrätin, Nationalratskandidatin

ranteil praktisch doppelt so hoch ist wie ihr Anteil an der Bevölkerung.

Klare Zielsetzungen

Die Grundsätze, welche die Umsetzung von Art 121a BV gemäss Volkswillen verfolgen muss, sind klar:

- Die Zuwanderung in die Schweiz ist über Kontingente und einen Inländer-vorrang zu steuern und gegenüber heute markant zu senken. Ein Zustand mit einer jährlichen Netto-Zuwanderung von 80'000 Personen ist untragbar und wird die Schweiz langfristig ruinieren.

- Die Zuwanderung hat sich prioritär und gezielt auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes auszurichten. Es kann nicht sein, dass heute über 50% der Zuwanderung der ständigen Wohnbevölkerung ohne Erwerbstätigkeit erfolgt.

- Die Fehlanreize und das Missbrauchspotenzial der heutigen Zuwanderungsregelung, insb. im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit gegenüber der EU, sind messbar zu reduzieren (Zugang zum Sozialstaat, Familiennachzug usw.).

die ungerechten Lasten zunimmt. Zudem gibt er die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz auf, indem er einen Vertrag mit der EU über die schweizerische Bundesverfassung stellt.

Handlungsbedarf spitzt sich zu

Im vergangenen Jahr sind erneut netto fast 80'000 Personen zusätzlich in die Schweiz eingewandert, was der Grössenordnung einer Stadt St. Gallen entspricht. In den ersten drei Monaten 2015 hat sich die Zuwanderung weiter beschleunigt. Die SVP hat bereits vor

einem Jahr ein Konzept vorgelegt, welches die Erreichung des Ziels einer reduzierten, auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse ausgerichteten Zuwanderung ermöglicht und fordert den Bundesrat auf, dieses auf einer bewährten Zuwanderungssteuerung basierende Konzept umfassend zu übernehmen, vor allem auch in den sehr problematischen Bereichen des Familiennachzugs (über 50% der Zuwanderer in die ständige Wohnbevölkerung gehen keiner Arbeit nach) und bei Ansprüchen an die Sozialversicherungen, bei welchen der Ausländer-



und Bundesrat

- Wollen EU Veto-Recht geben, Verfassungsartikel soll nur für Nicht-EU-Bürger gelten, wenn die EU das Freizügigkeitsabkommen nicht anpassen möchte.
- Familiennachzug und Sozialleistungen sollen nicht eingeschränkt werden.
- Mit diesen beiden oben genannten Punkten würde der Verfassungsartikel toter Buchstabe bleiben, da die Zuwanderung heute zu einem überwiegenden Teil entweder aus der EU oder über den Familiennachzug geschieht.



und



- Wollen Schutzklausel mit Kontingentierung bei Überschreitung eines bestimmten Plafonds.
- Dies lässt keine gezielte Steuerung zu, solange nicht kontingentiert wird und führt damit zu den gleichen Problemen wie heute (insb. grosser Teil der Zuwanderung nicht in den Arbeitsmarkt).
- Bei den heutigen Zahlen müsste die Kontingentierung sofort wirken, um die Zuwanderung zu reduzieren. Sind die Schwellenwerte höher als heute, bringt das Ganze nichts.
- Der Inländervorrang lässt sich in diesem Konzept nicht anwenden. Dies ist damit verfassungswidrig.
- CVP und BDP wollen Zuwanderungsartikel letztlich mit einer neuen Abstimmung rückgängig machen.



- Die FDP gibt vor, eine strikte Umsetzung zu wollen. Wenn die EU aber nicht über die Personenfreizügigkeit verhandelt, will auch die FDP eine neue Abstimmung.
- Das Konzept der FDP macht faktisch die gleichen, inakzeptablen EU-Vorbehalte wie der Bundesrat. Erfolgreiche Verhandlungen sind damit nicht möglich.
- Griffige Massnahmen bei Familiennachzug und eine Beschränkung beim Zugang zu den Sozialwerken verlangen den Einbezug der EU und damit die Anpassung des Freizügigkeitsabkommens. Bezüglich Drittstaaten könnte heute schon gehandelt werden. Familiennachzug aus Drittstaaten machte aber im ersten Quartal 2015 „nur“ 13% der gesamten Zuwanderung aus.
- Zur Grenzgänger-Problematik macht die FDP keine Aussage.

SPAREN SIE JETZT BIS ZU Fr. 7 120.-*

FRÜHLINGSOFFENSIVE BIS 30.6.2015!



ALLE MODELLE
MIT CASH-BONUS.



NEW CELERIO
CASH-BONUS Fr. 1000.-
SERGIO CELLANO PAKET Fr. 1370.-

SIE SPAREN
Fr. 2 370.-*

NEW SWIFT
CASH-BONUS Fr. 2000.-
SERGIO CELLANO PAKET Fr. 5 120.-

SIE SPAREN
Fr. 7 120.-*

NEW VITARA
CASH-BONUS Fr. 3000.-
SERGIO CELLANO PAKET Fr. 1 710.-

SIE SPAREN
Fr. 4 710.-*

NEW SX4 S-CROSS
CASH-BONUS Fr. 4000.-
SERGIO CELLANO PAKET Fr. 2 210.-

SIE SPAREN
Fr. 6 210.-*

NEW JIMNY
CASH-BONUS Fr. 1000.-
SERGIO CELLANO PAKET Fr. 4 230.-

SIE SPAREN
Fr. 5 230.-*

*New Celerio 1.0 Sergio Cellano Top, manuell, 5-türig, Fr. 13 990.-, Vorteil Sergio Cellano Paket Fr. 1 370.-, Cash-Bonus Fr. 1000.-, total Kundenvorteile Fr. 2 370.-, Treibstoff-Normverbrauch: 3.6l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: A, CO₂-Emission: 84 g/km; New Swift 1.2 Sergio Cellano Top 4x4, manuell, 5-türig, Fr. 19 990.-, Vorteil Sergio Cellano Paket Fr. 5 120.-, Cash-Bonus Fr. 2 000.-, total Kundenvorteile Fr. 7 120.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.8l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO₂-Emission: 111 g/km; New Vitara 1.6 Sergio Cellano Top 4x4 Diesel, manuell, 5-türig, Fr. 33 490.-, Vorteil Sergio Cellano Paket Fr. 1 710.-, Cash-Bonus Fr. 3 000.-, total Kundenvorteile Fr. 4 710.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.2l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: A, CO₂-Emission: 111 g/km; New SX4 S-CROSS 1.6 Sergio Cellano Top 4x4 Diesel, manuell, 5-türig, Fr. 30 990.-, Vorteil Sergio Cellano Paket Fr. 2 210.-, Cash-Bonus Fr. 4 000.-, total Kundenvorteile Fr. 6 210.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.4l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: B, CO₂-Emission: 114 g/km; New Jimny 1.3 Sergio Cellano Top 4x4, Fr. 21 490.-, Vorteil Sergio Cellano Paket Fr. 4 230.-, Cash-Bonus Fr. 1 000.-, total Kundenvorteile Fr. 5 230.-, Treibstoff-Normverbrauch: 7.1l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: G, CO₂-Emission: 162 g/km; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 144 g/km.

Suzuki Automobile Schweiz AG, Emil-Frey-Strasse, 5745 Safenwil

Jetzt kaufen und profitieren. Limitierte Serie. Nur solange Vorrat. Cash-Bonus-Aktion gültig für Immatrikulationen vom 1.5.-30.6.2015 (Vertragsabschluss bei Celerio und Vitara). Die Suzuki Automobile Schweiz AG behält sich das Recht vor, zu irgendeinem Zeitpunkt und ohne Vorankündigung Spezifikationen, Preise und Ausstattungen sowie ganze Modelle zu ändern oder den Verkauf einzustellen. Es besteht keine Haftung für mögliche Fehler oder Auslassungen in diesem Inserat. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlungen, inkl. MwSt.**



Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch

GOAL GLOSSAR

Rhetorik

Rhetorik

<griech.> rhētorikē (die Redekunst)

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Zu verkaufen:

In Altikon ZH, Schlossacker 4/6
einzigartiges Wohn- und Geschäftshaus
mit einer 4^{1/2}- und einer 2^{1/2}- Zimmerwohnung

diversen Geschäfts- und grossen Lagerräumen
(Wohnzone), grosse Garage. Energieversorgung
autonom. Parkähnlicher Garten mit Blockhaus,
Sitzplätzen, Biotop, Sandsteinbrunnen und Windturbine.

Tel + Fax 052 336 17 28

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com



Übersetzungen

Mobile: 079/372 79 74
felix@adapteam.ch
www.adapteam.ch

Arbeit muss sich lohnen

Die St. Galler SVP lanciert im Herbst 2015 eine kantonale Volksinitiative zur Revision der Sozialhilfe, mit Schwerpunkt auf der Integration der Sozialhilfebezüger in den Arbeitsmarkt. Der ausufernde SKOS-Zulagenkatalog soll gestrafft und die Sanktionsmöglichkeiten gegen nicht arbeitswillige Bezüger verbessert werden.

Wie anderswo, ist auch im Kanton St. Gallen die Sozialhilfe ein aktuelles politisches Thema. Insbesondere seit der Stadtpräsident von Rorschach, SVP-Nationalrat Thomas Müller, ankündigte, dass Rorschach sich nicht mehr an die SKOS-Richtlinien halten werde, weil diese zu grosszügig bemessen sind und den Gemeinden zu wenig Spielraum lassen. Nachdem die SVP-Fraktion im Kantonsrat für ihre Reformvorschläge keine Mehrheit fand, beschloss die Kantonalpartei, im kommenden Herbst die kantonale Volksinitiative „Gerechte Sozialhilfe“ zu lancieren, die folgende Eckpunkte beinhaltet:

Arbeit muss sich lohnen

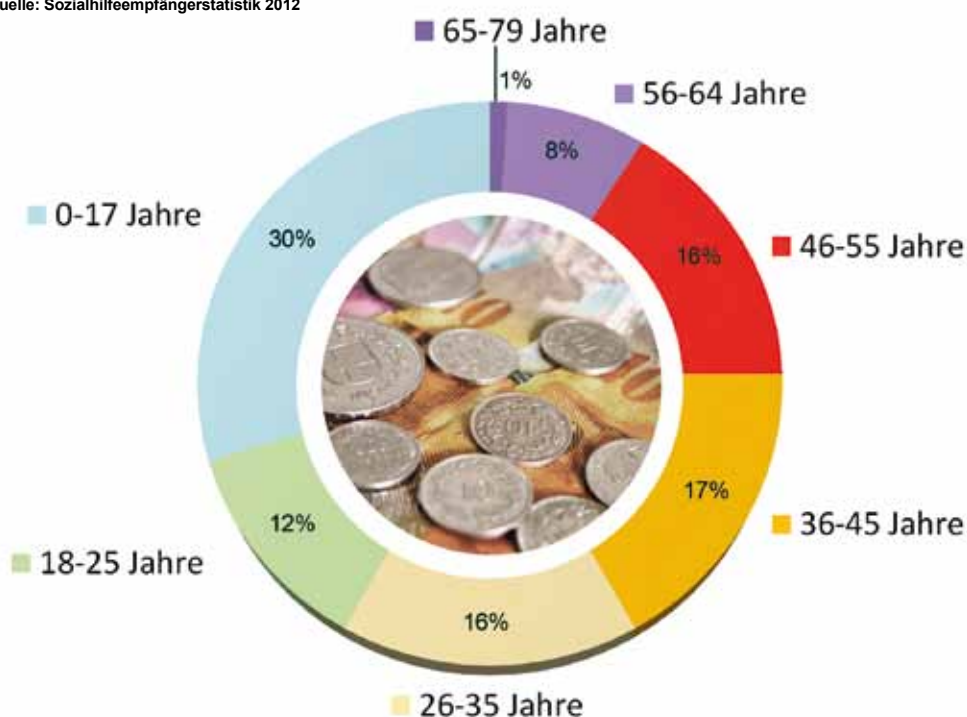
Gemäss den heutigen SKOS-Richtlinien, die neben dem Grundbedarf eine grosse Anzahl von Zusatzleistungen beinhalten, kann der Gesamtbetrag insbesondere für Grossfamilien einem Einkommensersatz gleichkommen, der nicht mehr ihrem ursprünglichen Zweck als Überbrückungshilfe entspricht.

„Die Priorität soll von der finanziellen Unterstützung auf die Eingliederung in den Arbeitsprozess gelegt werden.“

Mit unserer Volksinitiative sollen Schwelleneffekte die dazu führen können, dass es attraktiver ist, Sozialhilfe zu beziehen als zu arbeiten, vermieden werden und die Priorität

Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger

Quelle: Sozialhilfeempfängerstatistik 2012



Eine ganze Generation von jugendlichen Sozialfällen? 42% der Empfänger sind unter 25 Jahren!

soll von der finanziellen Unterstützung auf die Eingliederung in den Arbeitsprozess gelegt werden. Die Anreize zu einer Ausbildung sollen für jene Sozialhilfebezüger verstärkt werden, die lediglich die obligatorische Schulzeit absolviert haben.

Differenzierte Leistungen

Für junge Erwachsene, die Mühe bekunden zu arbeiten, kann die Sozialhilfe bis zur Nothilfe degressiv ausgestaltet werden, für ältere ausgesteuerte Arbeitslose trägt sie ihrem früheren Erwerbseinkommen Rechnung. Für zugewanderte Ausländer wird das Anrecht auf Sozialhilfe an eine vorhergehende Mindestdauer der Erwerbstätigkeit in der Schweiz geknüpft. Der Wildwuchs

an Zulagen soll eingeschränkt, die Sanktionsmöglichkeiten verschärft und die Rechtsmittelverfahren verkürzt werden.

Der Kanton St. Gallen handelt autonom gegenüber den anderen Kantonen und dem Bund. Auch die Autonomie der Gemeinden muss respektiert werden und es sind diese, welche die finanziellen Leistungen festlegen und die finanzielle Spanne definieren, innerhalb welcher die Leistungen angepasst werden können.



von Kantonsrat
Mike Egger,
Nationalratskandidat,
Berneck (SG)

SVP bi de Lüt

Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie unsere Bundesparlamentarier persönlich :



Kanton Aargau



Nationalrätin Flückiger Sylvia
29. Juni, 19.30 Uhr
Rest. Homberg, Reinach



Nationalrat Giezendanner Ulrich
20. Juni, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Wettingen



Nationalrat Killer Hans
20. Juni, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Wettingen



Nationalrat Reimann Maximilian
3. Juli, 18.30 Uhr
Freiluftanlass bei den Helliker Löchern,
Hellikon



Nationalrat Stamm Luzi
Kein Anlass



Nationalrat Knecht Hansjörg
20. Juni, 11.00 Uhr
Rest. Tägerhard, Wettingen



Kanton Bern



Nationalrat Aebi Andreas
22. Juni, 20.00 Uhr
Restaurant Schwanen, Alchenstorf



Nationalrat Joder Rudolf
Kein Anlass



Nationalrätin Pieren Nadja
30. Juni, 20.00 Uhr
Hirschen, Langnau i.E.



Nationalrat Amstutz Adrian
30. Juni, 20.00 Uhr
Mehrzweckhalle in Homberg



Nationalrat von Siebenthal Erich
11. Juni, 20.00 Uhr
Hotel Landhaus, Saanen



Nationalrat Graber Jean-Pierre
Kein Anlass



Kanton Basel-Landschaft



Nationalrat de Courten Thomas
16. Juni 19.30 Uhr
Rest. Kaserne, Liestal



Kanton Basel-Stadt



Nationalrat Frehner Sebastian
Kein Anlass



Kanton Freiburg



Nationalrat Rime Jean-François
1. August, 20.00 Uhr
Ecuwillens



Kanton Genf



Nationalrätin Amaudruz Céline
Kein Anlass



Kanton Glarus



Ständerat Hösli Werner
Kein Anlass



Kanton Graubünden



Nationalrat Brand Heinz
24. Juni, 20.15 Uhr
Rest. Zur alten Brauerei, Thusis



Kanton Luzern



Nationalrätin Estermann Yvette
25. Juni, 20.00 Uhr
Rest. Obernau, Kriens/Obernau



Kanton Neuenburg



Nationalrat Clottu Raymond
Kein Anlass



Kanton Nidwalden



Nationalrat Keller Peter
20. Juni, 09.30 Uhr
Höfli, Rosenberg, Stans



Kanton St. Gallen



Nationalrat Brunner Toni
20. Juni, 13.30 Uhr
Haus der Freiheit, Ebnet-Kappel



Nationalrat Büchel Roland Rino
Kein Anlass



Nationalrat Müller Thomas
26. Juni, 20.00 Uhr
Seerestaurant Rorschach

3. September, 20.00 Uhr
Café Kollers, Gossau



Nationalrat Reimann Lukas
4. Juni, 20.00 Uhr
Rest. Zollhaus, Wildhauserstr. 44, Gams

11. Juni, 19.30 Uhr
Zentrum Feld, Feldhofstrasse 49a, Flawil

3. September, 20.00 Uhr
Café Kollers, Gossau



Kanton Schaffhausen



Nationalrat Hurter Thomas
19. Juni 18.00 Uhr
Schiffplade (Freier Platz), Schaffhausen



Ständerat Germann Hannes
19. Juni 18.00 Uhr
Schiffplade (Freier Platz), Schaffhausen



Kanton Solothurn



Nationalrat Borer Roland
19. Juni, 19.30 Uhr
Rest. Akropolis, Hotel Jura, Dornach



Nationalrat Wobmann Walter
19. Juni, 19.30 Uhr
Rest. Akropolis, Hotel Jura, Dornach



Kanton Schwyz



Nationalrat Schwander Pirmin
19. Juni, 19.30 Uhr
Monséjour - Zentrum am See, Küssnacht am Rigi



Ständerat Föhn Peter
Kein Anlass



Ständerat Kuprecht Alex
Kein Anlass



Kanton Thurgau



Ständerat Eberle Roland
23. Juni 19.00 Uhr
Schiffahrt ab Ermatingen



Nationalrat Hausammann Markus
30. Juni, 20.00 Uhr
Mehrzwecksaal, Schulhaus Säuslenen bei Aadorf



Nationalrätin Herzog Verena
23. Juni 19.00 Uhr
Schiffahrt ab Ermatingen



Nationalrat Walter Hansjörg
30. Juni, 20.00 Uhr
Mehrzwecksaal, Schulhaus Säuslenen bei Aadorf



Kanton Tessin



Nationalrat Rusconi Pierre
Kein Anlass



Kanton Waadt



Nationalrat Veillon Pierre-François
Kein Anlass



Nationalrat Bugnon André
Kein Anlass



Nationalrat Grin Jean-Pierre
30. Juni, 20.00 Uhr
Salle communale, Grandcour



Nationalrat Parmelin Guy
30. Juni, 20.00 Uhr
Salle communale, Grandcour



Kanton Wallis



Nationalrat Freysinger Oskar
Kein Anlass



Kanton Zug



Nationalrat Aeschi Thomas
25. Juni, 19.30 Uhr
SeminarHotel, Seestrasse 10, Unterägeri



Nationalrat Stahl Jürg
20. Juni, 09.00 Uhr
Restaurant Sonnenhof, Brütten
26. Juni, 08.30 Uhr
Restaurant Sonnenhof, Brütten



Nationalrat Schibli Ernst
17. Juli, 19.00 Uhr
Rest. Spirgarten, Zürich-Altstetten



Kanton Zürich



Nationalrat Binder Max
Kein Anlass



Nationalrat Bortoluzzi Toni
Kein Anlass



Nationalrat Heer Alfred
14. Juni, 10.00 Uhr
Riegelhüsli in Bonstetten
31. Juli, 20.00 Uhr
Anhöhe Waldhütt, Glattfelden



Nationalrätin Rickli Natalie
4. Juni, 19.30 Uhr
ev.-ref. Kirchgemeindesaal, Adliswil



Nationalrat Fehr Hans
22. August, 10.00 Uhr
Zentrum Dietlikon, Dorfmarkt
31. August, 13.00 Uhr
Kantonsschule Zürcher Unterland, Bülach



Nationalrat Mörgeli Christoph
Kein Anlass



Nationalrat Egloff Hans
20. Juni, 11.00 Uhr
Gemeindehaus-Keller, Oetwil a.d.L.



Nationalrat Matter Thomas
14. Juni, 10.00 Uhr
Buurezmorge, Bauernhof Familie Müller, Forch
25. Juni, 16.30 Uhr
BERNEXPO, Mingerstrasse 6, Bern



Nationalrat Rutz Gregor
4. Juni, 19.30 Uhr
ev.-ref. Kirchgemeindesaal, Adliswil

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, wikipedia, Cartoonexpress.ch, Parlament.ch.

SPENDEN SIE JETZT FÜR DIE WAHLEN...

und beschenken Sie Ihren Enkel!

Sichern Sie sich einen
SVP-Wachhund Willy
„Special Edition“ mit Nummer!

Grösse: 70cm

Und so geht's:



[www.facebook.com/
wachhundwilly](https://www.facebook.com/wachhundwilly)

Ab einer Spende von 1'000.- Franken gibt's einen SVP-Wachhund Willy „Special Edition“ als Geschenk gratis für Sie! Einfach mit beiliegendem Einzahlungsschein oder auf **PC Nr. 30-8828-5** einzahlen, sich auf Ihren Willy freuen und den Betrag Ihren Steuern abziehen!